



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 49/2010

Halle (Saale), den 8. September 2010

Schuldenbremse: Bisherige Beschlüsse stellen Gelingen auf Länderebene infrage

Nicht erst infolge der Finanzkrise und der größten fiskalpolitischen Stimuli, die es in Deutschland je gegeben hat, steht die Finanzpolitik vor großen Herausforderungen. Seit der Vereinigung war der öffentliche Gesamthaushalt in den meisten Jahren defizitär. Von 2002 bis 2005 verletzte Deutschland das Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gleich viermal in Folge – das Ansehen der deutschen Finanzpolitik litt. Anlass zu Besorgnis gibt zudem die demographische Entwicklung; sie wird die öffentlichen Haushalte in Zukunft massiv belasten, und der Finanzpolitik bleiben noch ein bis zwei Dekaden, das Ruder herumzureißen. Die Föderalismuskommission hat daher im Frühjahr 2009 eine neue Regel zur Begrenzung der Neuverschuldung von Bund und Ländern beschlossen – die Schuldenbremse. Sie wird zu Beginn des Jahres 2011 in Kraft treten.

Voraussetzung für das Gelingen der Schuldenbremse ist eine zeitnahe Beobachtung der Haushaltsentwicklung, denn nur so kann Fehlentwicklungen rechtzeitig gegengesteuert werden. Die Evaluierung der öffentlichen Haushalte von Bund und Ländern wurde dem eigens geschaffenen Stabilitätsrat übertragen. Dieser wird auf vier Kennzahlen zurückgreifen. Überschreiten diese mehrheitlich in zwei von drei aufeinanderfolgenden Jahren die festgelegten Schwellenwerte, wird der Stabilitätsrat prüfen, ob eine Haushaltsnotlage droht.

Grundsätzlich erscheinen die Kennzahlen geeignet, ein umfassendes Bild der Staatsfinanzen zu zeichnen. Die gewählten Schwellenwerte geben jedoch Anlass, am Gelingen der Schuldenbremse zu zweifeln. Denn die Schwellenwerte orientieren sich am Länderdurchschnitt. Aus diesem Grund müssen die Kennzahlen eines Landes schon extreme Werte annehmen, um als „auffällig“ ausgewiesen zu werden.

Die Zielgröße der Schuldenbremse ist letztlich der „strukturelle Finanzierungssaldo“. Dies ist der Haushaltssaldo, der sich ergeben würde, wenn die Einnahmen und Ausgaben des Staates um konjunkturelle Einflüsse korrigiert werden. Es hätte erwartet werden können, dass diese Zielgröße eine der herangezogenen Kennzahlen sein würde. Dem ist nicht so; stattdessen wird der Rat den nominalen Finanzierungssaldo verwenden – bereinigt um bestimmte finanzielle Transaktionen, nicht aber um konjunkturelle Einflüsse.

Sperrfrist:

8. Sept. 2010,
11:00 Uhr

Pressekontakt:

Ingrid Dede
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-721
E-Mail:
ide@iwh-halle.de

Ansprechpartnerin:

Kristina van Deuverden
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-735
E-Mail:
kdn@iwh-halle.de

Politische Ressorts:

Bundesfinanzministerium
(BMF), Finanzministerien
der Länder

Wissenschaftliche

Schlagworte:

Finanzpolitik,
Haushaltspolitik
Konsolidierung,
Verschuldung,

Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
06017 Halle (Saale)

Tel.: + 49 (0) 7753-60
Fax: (+ 49 (0) 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Ursache für diese Notlösung ist, dass sich Bund und Länder bisher auf keine gemeinsame Vorgehensweise zur Schätzung des strukturellen Finanzierungssaldos geeinigt haben. Dies ist mehr als bedenklich: Der strukturelle Finanzierungssaldo ist ein wichtiges Kriterium für die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik. Die Schuldenbremse kann nicht wirklich in Kraft treten ohne die konzeptionelle Einigung auf eine Schätzmethode.

Aus diesem Grund schlägt das IWH ein praktikables Verfahren vor, mit dem die strukturellen Finanzierungssalden der Länder berechnet werden können. Das vorgeschlagene Verfahren trägt dabei sowohl den wissenschaftlich-methodischen Anforderungen bei der Konjunkturbereinigung Rechnung als auch der notwendigen Transparenz, die im politischen und administrativen Prozess unabdingbar ist.

Die nach diesem Verfahren geschätzten strukturellen Finanzierungssalden signalisieren vor allem eines: Die Finanzpolitik war in den Jahren 1995 bis 2009 nicht nachhaltig, und die Ländergesamtheit verschuldete sich in jedem Jahr strukturell. Nach den Kennzahlen des Stabilitätsrates ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Eine drohende Haushaltsnotlage wäre nur selten signalisiert worden. Dies zeigt: Soll die Schuldenbremse gelingen, so besteht dringender Handlungsbedarf.

Veröffentlichung:

VAN DEUVERDEN, KRISTINA; FREYE, SABINE: Schuldenbremse: Bisherige Beschlüsse stellen Gelingen auf Länderebene infrage, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2010.

Den vollständigen Artikel erhalten Sie gern auf Anfrage: Ingrid.Dede@iwh-halle.de.

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin:

Kristina van Deuverden
Tel.: + 49 (0) 345/7753-735, E-Mail: Kristina.vanDeuverden@iwh-halle.de

Sabine Freye
Tel.: + 49 (0) 345/7753-702, E-Mail: Sabine.Freye@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Ingrid Dede
Tel.: +49 (0) 345/7753-721, E-Mail: Ingrid.Dede@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.